



Kommunalwahlprogramm 2009

FDP Kreisverband Mainz Stadt

Inhalt

Präambel.....	2
1. Bildung.....	3
2. Wirtschaft.....	4
3. Stadtentwicklung.....	11
4. Verkehr.....	15
5. Finanzen.....	19
6. Recht und Sicherheit.....	22
7. Soziales.....	24
8. Kultur.....	29
9. Sport.....	32
10. Landwirtschaft und Weinbau.....	33
11. Umwelt.....	35

Präambel

Die FDP setzt sich dafür ein, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft zu sichern, dem Bürger ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen und ihn vor staatlicher und gesellschaftlicher Bevormundung zu schützen. In Krisenzeiten sind diese Werte von besonders schützenswerter Bedeutung.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt nach Umsicht und Geschick beim Einsatz öffentlicher Mittel. Das gilt für den Gesamtstaat und die Kommunen gleichermaßen. Die Mittelansätze in den öffentlichen Haushalten dürfen nicht mehr wie bisher fortgeschrieben, sie müssen grundsätzlich jeweils kritisch in Frage gestellt und ggf. neu berechnet oder gestrichen werden. Dabei kann weder auf bisherige Tabus, Empfindlichkeiten oder gar lieb gewonnene Besitzstände Rücksicht genommen werden. Das fordert nicht nur die Gerechtigkeit, sondern ist auch der Verantwortlichkeit der Politiker vor den Bürgern geschuldet. Die traditionelle Haushaltspolitik lähmt die öffentliche Verwaltung, raubt der Politik den notwendigen Spielraum und verärgert zu Recht den Bürger, der nicht selten dem für ihn intransparenten Ausgabegebahren des Staates misstraut.

Die FDP will den Staat auf seine notwendigen Kernbereiche begrenzen.

Auf kommunaler Ebene sind entsprechende Umschichtungen und Begrenzungen zu prüfen und umzusetzen.

Abbau der Verschuldung, Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Beschäftigung, Verbesserung und Ausweitung der Bildungsangebote, Schulentwicklungsplan, Attraktivitätssteigerung der Innenstädte, Stadtentwicklung, öffentlicher Nahverkehr, Finanzierung der kulturellen Angebote, Sensibilität im Umweltbereich, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie Migration sind Schwerpunkte engagierter liberaler Politik. Die FDP wird darauf achten, dass staatliches Handeln nur im notwendigen Umfang finanziert und die Gestaltungsfreiheit der Politik und der Bürger neuen Freiraum für Gestaltungsmöglichkeiten schafft bzw. wieder zulässt. Die FDP hat zu diesen und auch noch weiteren Handlungsfeldern das nachfolgende Kommunalwahlprogramm beschlossen.

1. Bildung

Bildung ist eine zentrale Ressource für Lebenschancen. Die FDP wird deshalb trotz der angespannten Finanzlage der Stadt den Schul- und Bildungsbereich zu einem ihrer Schwerpunkte in der zukünftigen Stadtratsarbeit machen. Nur so ist gewährleistet, dass die Stadt ihrer Verantwortung als Schulträger gerecht wird.

Wir stehen aufgrund der neuen Gesetzeslage zu Realschule plus vor tiefgreifenden Veränderungen der Schullandschaft in Struktur, pädagogischen Konzepten und Ausstattung.

Priorität hat für die FDP bei allen Neuordnungen, dass dem Profil und dem pädagogischen Konzept der einzelnen Schulen Rechnung getragen werden muss.

Wir sprechen uns gegen Mammutschulen aus.

Investitionen im Schulbereich müssen bedarfsgerecht und kindgerecht erfolgen.

Es müssen genügend Unterrichts- und Fachräume vorhanden sein.

Die Ausstattungen der Schulen müssen regelmäßig und kontinuierlich gepflegt und modernisiert werden.

Alle Schularten müssen, orientiert an ihrem Anforderungsprofil, gleichermaßen bedacht werden.

Wir wollen in Köpfe investieren, nicht in Zement. Deshalb muss jede Neugliederung auf der Basis des vorhandenen Bestands an Sachen und Gebäuden erfolgen, um zu einer zeitnahen, sinnvollen und wirtschaftlich tragbaren Lösung zu führen.

Bei der Weiterentwicklung der Schulstruktur in Mainz, insbesondere auch bei der von der absoluten Mehrheit der SPD im Land gegen die FDP durchgesetzten Einführung der Realschule plus, müssen folgende Grundsätze gelten:

Alle Standorte müssen geprüft werden hinsichtlich

1. ihrer Eignung in Bezug auf die bauliche und räumliche Situation
2. die Erreichbarkeit
3. die Höhe der Investitionskosten
4. die schnelle Realisierbarkeit.

Bei der Standortwahl darf der pädagogische Ansatz nicht vergessen werden.

Zusammengefasst fordern die Liberalen:

1. das von der FDP geforderte und zum Schuljahr 2009/10 beginnende neue Gymnasium muss zügig und mit eigenem Profil aufgebaut werden. Nur so ist auf Dauer die notwendige Entlastung für die Mainzer Gymnasien und die Verlässlichkeit für die Eltern zu erreichen.
2. den Ausbau des Gutenberg-Gymnasiums und des Frauenlobgymnasiums für die bestehenden Schulgrößen, verbunden mit Verbesserungen in der Sachausstattung, um einen guten Unterricht in allen Fächern zu ermöglichen
3. eine Unterstützung der neuen Realschulen plus in der Sachausstattung, um einen guten Start der neuen Schulform zu ermöglichen
4. ein Angebot an Ganztagschulplätzen, das der elterlichen Nachfrage entspricht
5. ein flexibles Kooperationsnetzwerk zwischen den Mainzer Bildungseinrichtungen zu initiieren, um dem gravierenden aktuellen Lehrermangel zu begegnen
6. den Ausbau und die bessere Ausstattung der Berufsbildenden Schulen.
Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen und Schulen bedürfen der Unterstützung durch den Schulträger
7. die FDP fordert die Einrichtung einer internationalen Schule
8. eine bessere Ausstattung der Grundschulen, um diese in die Lage zu versetzen die Herausforderungen, vor die sie die neue Grundschulordnung stellt, bewältigen zu können.
An dieser Stelle steht insbesondere auch die Landesregierung in der Pflicht.

2. Wirtschaft

- Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze erhalten und schaffen ist die beste Sozialpolitik. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden, um Arbeitsplätze zu schaffen, und nur das, was zuerst erwirtschaftet wurde, kann zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Alle Bürger müssen die Chance erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

- Potenziale besser nutzen

Mainz hat als Landeshauptstadt mit einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur, als

- Industrie- und Dienstleistungsstandort,
- Medienstadt,
- Universitätsstadt,
- Medizinisches Angebotszentrum,
- Landeshauptstadt,
- als Oberzentrum für Rheinhessen,
- deutsche Hauptstadt des Weins und Mitglied der Great Wine Capitals und als
- westlicher Eingang zum wirtschaftlich starken Rhein-Main Gebiet

große Chancen, ihre gute wirtschaftliche Stellung im Wettbewerb mit anderen Städten zu halten und auszubauen. Durch eine konsequente Standortprofilierung lassen sich die Chancen besser nutzen.

Dabei gilt es, verstärkt Zukunftsbranchen zu erkennen und zu fördern. Die Ansiedlung des Schott-Solarzentrums zeigt, dass Mainz auf einem guten Weg ist. Die Kompetenznetze des Rhein-Main-Raums für Biotechnologie, Gesundheitswirtschaft, Finanzen, Kommunikationstechnik, Medien, Logistik, Materialtechnik sowie Unternehmensberatung bieten hohe Entwicklungspotentiale für die Zukunft. Die Stärke unserer Stadt ist und bleibt der Mittelstand.

Serviceorientierte Wirtschaftsförderung

Aufgabe der Politik ist es, ein attraktives Umfeld für Unternehmen und ihre Beschäftigten zu schaffen. Dazu gehört es u.a. für ein ausreichendes Angebot an Flächen und Infrastrukturen zu sorgen, kulturelle und soziale Angebote vorzuhalten. Die Politik hat darüber hinaus die Aufgabe, Kontakte zwischen den Unternehmen herzustellen (Netzwerkbildung) und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren.

Wissenschaftspark

Mainz ist mit seinen Universitäten und Instituten die Wissenschaftsstadt in Rheinland-Pfalz. Besondere Stärken liegen z. B. in den Bereichen Polymerchemie (Max-Planck-Institut), Kernforschung (Kernforschungsreaktor MAMI) und Medizin. Durch Ausgründungen aus dem universitären Bereich soll das freie Unternehmertum gestärkt werden. Dies sollte insbesondere durch die Weiterentwicklung des bestehenden Technologiezentrums Mainz (TZM) erfolgen, das sich auch räumlich zukünftig in der Nähe der Universität ansiedeln soll.

Vorrang für Private und Mittelstand

Trotz des Vorrangs der privaten Wirtschaft hat auch die öffentliche Hand unbestreitbar Aufgaben, dazu gehören Kultur und Bildungspolitik, Ver- und Entsorgung, im Umweltschutz, der Gesundheitspolitik, Sport, soziale Aufgaben und Infrastrukturplanung.

Die vielfältigen Aufgaben dürfen jedoch kein Vorwand zum Aufbau ineffizienter Bürokratien sein. Diese sind nicht in der Lage, mit dem Wandel der Aufgaben Schritt zu halten und sich neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

Die öffentliche Hand soll nicht alles selbst machen. Ihre Aufgabe ist es, die Erbringung öffentlicher Leistung zu gewährleisten. Die Ausführung kann oft Privaten überlassen werden, denn sie sind effizienter und kostengünstiger. Politik und Verwaltung definieren die Rahmenbedingungen, setzen, wo nötig, Standards und steuern die Qualität der Leistungen.

Public-private Partnerships (PPP)

Zahlreiche Aufgaben - insbesondere im Baubereich - der Kommune können in Zukunft mit der Hilfe Privater im Wettbewerb gelöst werden. Dazu gehören Investitionen in den Bereichen Sport, Freizeit, Schulen, Infrastruktur, Stadtentwicklung, Umwelt, Ver- und Entsorgung. Die FDP tritt dafür ein, die Chancen moderner Finanzierungs- und Organisationsmodelle zu nutzen. Zahlreiche Kommunen haben unterschiedlichste PPP-Verträge über Planung, Bau, Betrieb, Finanzierung, Verwertung abgeschlossen. Die Effekte sind Einsparungen, Know-how Gewinn, Beschleunigung und Effizienzsteigerung.

Ziele und Schwerpunkte für 2009-2014

Die Innenstadt attraktiver machen

- Landeshauptstadt
Als Oberzentrum für den gesamten rheinhessischen Raum, als Landeshauptstadt, als die sympathische Alternative zu den konkurrierenden Städten in der Rhein-Main-Region und als Tourismusmagnet hat Mainz beste Chancen, weitere Kaufkraftpotentiale zu binden.
- Attraktive Zukunftsprojekte auch für das Tourismusgeschäft umsetzen
Römisches Theater sichtbar und erlebbar machen, Realisierung des neuen RGZM, Zitadelle in stadthistorisches Gesamtkonzept einbinden und Rheinuferbereich aufwerten. Für diese wichtigen Zukunftsprojekte auch Bundes- und Landesmittel erschließen und national

vermarkten, z. B. über die Ausrichtung einer Bundesgartenschau in Mainz. Die BUGA soll nicht als zeitlich befristete Veranstaltung verstanden werden, sondern als Instrument zur dauerhaften Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Durch eine gemeinsame Bewerbung der Städte Mainz und Wiesbaden können Synergien genutzt und Kosten reduziert werden.

- Neue Zielgruppen können für die Tourismusbranche auch im Bereich Weinwirtschaft, z. B. durch das geplante Weinerlebniszentrum im Zollhafen erschlossen werden und die Chancen durch die steigenden Zahlen im Schiffstourismus nutzen. Die sich ergebenden Chancen durch die Mitgliedschaft bei den Great Wine Capitals müssen konzeptionell erarbeitet und systematisch umgesetzt werden.

- Handel

Eine Großstadt lebt von und mit einer attraktiven Innenstadt. Ohne attraktive Einkaufsmöglichkeiten verkommt eine Innenstadt zu einem unbelebten, kalten Verwaltungszentrum. Stadt und innerstädtischer Einzelhandel müssen das Ihre zur Steigerung der Attraktivität der Einkaufsstadt beitragen. Während der Einzelhandel durch Werbemaßnahmen und Citymanagement dafür sorgt, dass das Einkaufen in Mainz vor allem auch für die Besucher aus dem Umland zu einem Erlebnis wird, muss die Stadt durch die Erreichbarkeit, die Bereitstellung von Parkraum zu vernünftigen Preisen, der attraktiven Gestaltung öffentlicher Plätze und Straßen sowie eine wohlwollende Begleitung der Entwicklungschancen des Einzelhandels (z.B. durch zügige Genehmigungsverfahren) positive Rahmenbedingungen schaffen. Der traditionelle Facheinzelhandel trägt zur Unverwechselbarkeit des Einkaufserlebnisses in Mainz bei.

Durch die Weitläufigkeit der Fußgängerzonen der Mainzer Innenstadt ist ein Kristallisationspunkt als Anlauf- und Orientierungsstelle ein wichtiges Ziel. Der Kunde muss die Leistungsfähigkeit des Mainzer Innenstadteinzelhandels in vollem Umfang erkennen und nutzen können. Die realisierte Citymeile leistet dazu einen guten Beitrag.

Zusätzlich bedarf es der Aufwertung der öffentlichen Räume und der prägenden Gebäude, um Ambiente und Flair beim Einkaufen zu verbessern: zum einen durch die Erneuerung von markanten und das Stadtbild prägenden Gebäuden, z. B. durch den Einsatz von Städtebaufördermitteln wie bei der Großen Langgasse, zum anderen durch die Neugestaltung prägender öffentlicher Plätze wie z. B. der Münster- und der Karmeliterplatz, deren Konzeption und Möblierung nicht ausreichend und zeitgemäß ist.

- Zentrenkonzept

Die FDP hält grundsätzlich an der Beibehaltung des Zentrenkonzepts fest. Aus unserer Sicht spricht allerdings nichts dagegen größeren Ansiedlungen zuzustimmen, wenn keine Innenstadtrelevanz zu befürchten ist: Das Zentrenkonzept sollte kein Ansiedlungshemmnis sein. In der Vergangenheit war nicht das Zentrenkonzept selbst, sondern dessen zu strikte Auslegung ein Hindernis. Handelsunternehmen wie Möbel-, Tiernahrungs- und Verbrauchermärkte konnten sich nicht in Mainz niederlassen, sondern wanderten ins Umland ab.

Die Vorgaben des Zentrenkonzepts werden in der Praxis zu unflexibel und zu realitätsfern gehandhabt, wie an der Diskussion um die -mittlerweile geglückte- Verlagerung des "Schott/Zwiesel-Werksverkaufs" deutlich wurde. Mainz kann es sich nicht leisten, mit Verweis auf das Zentrenkonzept, der Ansiedlung von Unternehmen im Umland zuzuschauen, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern und auf dringend benötigte Gewerbesteuererinnahmen zu verzichten.

- Stadt-Marketing

Insgesamt muss das Stadt-Marketing klar aufgestellt und optimiert werden. Es geht um Attraktivitätssteigerung und Stärkung des Standortes. Wesentlich dabei ist, den Facettenreichtum von Mainz sowie die positiven Imagefaktoren aus allen Bereichen erkennbar herauszuarbeiten und durch ein ganzheitliches Marketingkonzept darzustellen. Besonderheiten wie die Mitgliedschaft der Stadt in der Vereinigung der „Great Wine Capitals“ müssen besonders hervorgehoben werden.

Mittelständisches Gewerbe

- Standortkosten für Betriebe senken

Arbeitsplätze in Mainz können nur erhalten und geschaffen werden, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, wenn die Unternehmen am Standort Mainz im internationalen Wettbewerb bestehen können. Deshalb müssen alle Standortkosten (Gewerbsteuer, Grundsteuer, Energiekosten, Kosten für Wasser und Abwasser sowie Genehmigungs- und Verwaltungsgebühren) einem internationalen Vergleich standhalten.

Die Höhe der Gewerbsteuer ist einer der Kostenfaktoren der Unternehmen und ein Wettbewerbskriterium bei der Ansiedlung von Unternehmen. Zurzeit hat Mainz mit 440 Prozentpunkten den höchsten Gewerbesteuersatz in Rheinland-Pfalz.

Unter Berücksichtigung finanzieller Gegebenheiten sollten die Spielräume für eine Senkung der Gewerbesteuer geprüft und gegebenenfalls genutzt werden. Denn eine florierende Wirtschaft mit niedrigen Steuersätzen, die viele Arbeitsplätze schafft, ist besser als Unternehmen mit wenigen Arbeitsplätzen, die über hohe Steuern und Abgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit herangezogen werden müssen.

- Der mittelständischen Wirtschaft vor Ort nicht durch kommunale Unternehmen Konkurrenz machen
Gute Leistungen für den Bürger bei steigender Qualität und stabilen oder gar sinkenden Preisen und Gebühren kann die Kommunalpolitik nur durch einen starken Mittelstand vor Ort erreichen. Im Wettbewerb um den Kunden werden bei Produkten und Dienstleistungen alle Spielräume für Qualitätssteigerungen und Preissenkungen ausgenutzt. Wer keine Konkurrenz hat, wirtschaftet weniger kostengünstig. In Bereichen der örtlichen Wirtschaft, in denen nicht täglich verschiedene Unternehmen konkurrieren können (z.B. Entsorgung, ÖPNV, Grünpflege, Vermessung, kommunale Werkstätten), kann durch eine Vergabe an Private im Zuge einer Ausschreibung mit von der Kommune definierten und kontrollierten Standards gespart werden. Direkte wirtschaftliche Aktivitäten der Kommune sind nach Möglichkeit Zug um Zug einzustellen.
- Serviceorientierte Wirtschaftsförderung
Im Wettbewerb der Städte und Regionen als Standorte für Unternehmen kommt es auch auf die Kundenorientierung der städtischen Behörden an. Deshalb will die FDP die städtische Wirtschaftsförderung konsequent serviceorientiert umbauen. Die regionale Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungen in der Rhein-Main-Region ist die Antwort auf die Globalisierung und den internationalen Wettbewerb.

Zukunftsträchtige Branchen

- Die Potentiale des Wirtschaftsraumes Rhein-Main sind eine reale Chance für die Bindung von weiterer Wirtschaftskraft in Mainz. Durch eine konsequente Standortprofilierung der Landeshauptstadt Mainz und mit einer konsequenten Schwerpunktsetzung und Adressierung an neue Unternehmen und Einwohner auch rechts des Rheins lassen sich die Chancen besser nutzen. Insbesondere sind die weitere Entwicklung und Profilierung des Medienstandortes anzustreben sowie die Potentiale der Universität, der Fachhochschulen und der Forschungsinstitute zu nutzen. Dadurch kann das Arbeitsplatzpotential für Mainz gesichert werden.

- Die Region Rhein-Main einschließlich Mainz hat gute Chancen in folgenden Zukunftsbranchen: Medien, Biotechnologie, Medizin, Solar, Materialtechnik, Logistik und Informationstechnologie, Touristik- und Kongresswesen. Mainz ist größter Wissenschaftsstandort in Rheinland-Pfalz. Mit seinen Stärken in Forschung, Entwicklung und Technologie und unmittelbarer Ausstrahlung in das gesamte Rhein-Main-Gebiet ist Mainz zum Brückenkopf für Rheinland-Pfalz nach außen und innen geworden. Mainz bietet durch seine geographische Lage, wissenschaftliche bzw. wirtschaftliche Infrastruktur und als Landeshauptstadt die erforderliche Plattform, das Land und besonders alle Wissenschaftsstandorte zu präsentieren.

Um das wissenschaftliche Profil der Stadt Mainz mit ihrer Universität und ihren Fachhochschulen nachhaltig in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, sind Veranstaltungen wie die KinderUni und Uni in der Stadt weiter auszubauen.

Im Geschäfts- und Kongress-Tourismus hat Mainz einen sehr guten Ruf und hat durch die Erweiterung der Rheingoldhalle Marktanteile hinzugewonnen. Die Renovierung der Kongresseinrichtungen Kurfürstliches Schloss und alter Rheingoldhalle bietet weitere Potentiale. Die Nähe zum Flughafen und zur zweitgrößten Messe der Welt in Frankfurt ist ein Garantieschein für einen weiterhin wirtschaftlichen Erfolg in dieser Branche. Ziel ist die Schaffung eines modernen Mainzer Messezentrums, mit optimaler Infrastruktur.

Im Rahmen der Profilierung des Medienstandortes fordert die FDP zusammen mit dem Ausbau des Mediennetzwerkes Rheinland-Pfalz mittelfristig den Aufbau einer eigenständigen Medienhochschule in Mainz. Hochschul- und standortübergreifend kommt ihr die Aufgabe zu, die Bereiche Medienkommunikation und IT auch im Sinne dualer Studiengänge zu organisieren. Dies insbesondere in Zusammenarbeit mit den hiesigen Anstalten, Verlagen, Einrichtungen und Firmen des Medien/IT-Bereiches sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Tourismusgeschäft weiter ausbauen und neue Zielgruppen erschließen

Durch die Mitgliedschaft bei den Great Wine Capitals und der Realisierung des geplanten Weinerlebnis zentrums im Zollhafen soll verstärkt der Weintourismus ausgebaut werden. Durch eine Aufwertung des Rheinuferes und der Schaffung attraktiver Schiffsanleger soll die in den letzten Jahren gestiegene Zahl der Schiffstouristen weiter gesteigert werden. Die Geschichte von Mainz reicht bis in die Römerzeit zurück. Durch die bessere Vernetzung und das Erlebarmachen der römischen Stätten können weitere Besucher für Mainz gewonnen werden.

3. Stadtentwicklung

Stadtplanung und das Vorantreiben städtebaulicher Entwicklungen gehören zu den Kernaufgaben der Kommune. Auch in Zeiten knapper Kassen können - wie die Vergangenheit gezeigt hat - viele Aufgaben gemeistert werden. Dabei ist Stadtplanung immer im Zusammenhang mit der Entwicklung der Stadt zu sehen.

Stadtentwicklungsplanung

Die Stadt Mainz braucht einen Stadtentwicklungsplan, der Leitlinien der baulichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Entwicklungen aufnimmt und zu einer mittelfristigen Perspektive zusammenfasst. Ziel soll es sein, Mainz als interessante, vielseitige und lebenswerte Stadt zu entwickeln.

Schwerpunkte sollen sein

- die Weiterentwicklung und Stärkung der Innenstadt,
- die Erhaltung von Frei- und Grünflächen,
- die Öffnung der Stadt zum Rhein und weitere Aufwertung des öffentlichen Raums,
- die stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Trends (z.B. verstärkter Zuzug in die Stadt, Einwanderung, demografische Entwicklung) in städtebauliche Entscheidungen

Die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit, deren Trennung in der Vergangenheit allzu oft zur Bildung unwirtlicher Schlafstädte und zur Verödung der Innenstadt geführt hat, müssen wieder verbunden werden, um die Lebendigkeit und Erlebnisvielfalt unserer Stadt zu erhalten und zurückzugewinnen.

Die Möglichkeiten nutzen

Bei der Umsetzung städtebaulicher Planungen wollen wir alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen. Die Vorgaben in Bebauungsplänen sollen dem jeweiligen Projekt angemessen sein und nicht mit überflüssigen und unzumutbaren Vorgaben überlastet werden.

Bei allen Planungen sind historische Entwicklungsfaktoren, ökologische und ökonomische Zusammenhänge besonders zu berücksichtigen. Voraussetzung für eine sinnvolle Planung ist vom Beginn bis zur Phase der Realisierung eine ständige Einbeziehung der Bürger. Um glaubwürdige

Alternativen für die Festlegung von Planungszielen zu erreichen, sind verstärkt offene Wettbewerbe für bedeutsame Bauvorhaben durchzuführen. Die Wettbewerbsvorgaben müssen sorgfältig ausgearbeitet werden. Die Rahmenbedingungen wie Markt- und Standortanalysen sowie Eigentumsverhältnisse sind frühzeitig zu ermitteln.

Innenstadt

Eine Großstadt lebt von einer attraktiven Innenstadt. Deshalb wollen wir die Innenstadt als Wohn-, Einkaufs- und Wirtschaftsstandort erhalten und weiterentwickeln. (In einem größeren Ausmaß als bisher sollen dazu auch private Investoren beitragen). Wir unterstützen den innerstädtischen Einzelhandel durch die Förderung der Erreichbarkeit und die Schaffung positiver Rahmenbedingungen. Als Liberale setzen wir uns für faire Wettbewerbsbedingungen insbesondere für die innerstädtische Gastronomie, Hotellerie sowie den Einzelhandel ein. Wir stehen neuen Angeboten offen gegenüber ohne dabei die gewachsenen Strukturen, die zu unserer Stadtidentität gehören, zu vernachlässigen.

Freiflächen

Wir setzen uns ein für einen verantwortungsvolleren Umgang mit Frei- und Grünflächen. Die Stadt muss ihre planerischen Möglichkeiten nutzen, Freiflächen, Grünzonen, Plätze zu schaffen bzw. zu erhalten.

Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete wollen wir vielfältige Angebote für alle Mainzer schaffen und auch Platz für individuelle Planungen bieten. Überschaubarkeit und Selbstverwirklichung im Nahbereich der Wohnung, ein Stück Grün, Freiflächen und sichere Spielflächen für Kinder gehören auch in einer Stadt unabdingbar zur Lebensqualität der Bewohnerinnen.

Wir befürworten eine qualitätsorientierte Wohnungsbaupolitik, die den vielseitigen Ansprüchen zukünftiger Nutzgruppen gerecht wird. Es muss wieder vermehrt Bauland auch für freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser ausgewiesen werden. Dabei muss auf die Bedürfnisse der Stadtteile Rücksicht genommen werden. Individuelles Bauen muss zu vertretbaren Preisen auch innerhalb der Mainzer Stadtgrenzen möglich sein.

In Einzelfällen halten wir behutsame Nachverdichtungen für vertretbar, wenn das Einvernehmen mit den Bewohnern herzustellen ist.

In der Durchführung einer Bundesgartenschau sehen wir die große Chance, zusammen mit der Stadt Wiesbaden Freiflächen, Grünzonen, und weitere Uferbereiche des Rheins attraktiver zu gestalten.

Öffnung zum Rhein

Durch den Ausbau der Rheingoldhalle hat die Stadt Mainz ihre Stellung als Standort für Kongresse erheblich gestärkt. Auch als Veranstaltungsort für die Mainzerinnen und Mainzer hat die Halle an Attraktivität gewonnen. Ihre unmittelbare Umgebung bedarf jedoch der dringenden Umgestaltung. Wir wollen den Rathausplatz zum Rhein durch eine Treppe zum Rhein hin öffnen. Die Fußgängerebene im Brandzentrum muss mit neu gestalteter Ebene um den Eisenturm und Heilig Geist verbunden werden (Aktivierung der bereits vorhandenen Rolltreppe).

Ziel ist es, die Stadt verstärkt zum Rhein zu öffnen und auf der Linie Markt – Rathaus – Rhein ein Raum mit höherer Aufenthaltsqualität zu schaffen. Die Entwicklung, die mit dem erfolgreichen Umbau der Markthäuser, der sukzessiven Umgestaltung des Brand-Zentrums begonnen hat, muss nun am Rathaus und Rheingoldhalle zu Ende geführt werden. Die Zugangsmöglichkeiten zum Brandzentrum aus Richtung Rheinstraße und Quintinstraße sind zu verbessern.

Zentrum für Wissenschaft und Technologie

Die FDP setzt sich dafür ein, auf den Hochschulerweiterungsflächen am Europakreisel ein Zentrum für „Forschung und Wirtschaft“ zu schaffen. Ziel ist es, den Wissenschaftsstandort Mainz in Forschung, Entwicklung und Technologie im Rhein-Main Gebiet und darüber hinaus bekannt zu machen. Dafür müssen die wissenschaftlichen Potentiale der Hochschul- und Forschungseinrichtungen wirtschaftlich nutzbar gemacht und die infrastrukturellen Voraussetzungen auch in baulicher Hinsicht am westlichen Eingangstor der Landeshauptstadt Mainz geschaffen werden.

Ludwigsstraße

Ein neues Zentrum in der Ludwigsstraße mit Schwerpunkt Einzelhandel und ergänzenden Angeboten (Gastronomie, Freizeit, Kultur und Sport) ist als zusätzlicher Magnet für den Einkaufsstandort Mainz wichtig. Erforderlich ist dabei die Sicherung der Erreichbarkeit für den Individualverkehr und den ÖPNV sowie die Einbindung zur Stärkung des Einzelhandels.

Achse Hbf-Universität

Der Bereich westlich des Hauptbahnhofs weist auch weiterhin hervorragende Entwicklungspotentiale für die Stadt Mainz auf. Mit den realisierten und den laufenden Projekten ist eine Fortsetzung der Entwicklungsachse vom Hauptbahnhof bis zum Europakreisel anzustreben sowie der besonderen Verkehrssituation an der Hauptzufahrt zur Innenstadt Rechnung zu tragen. Etwaige zu erwartende Nutzungsänderungen (z. B. Post, Autohaus Kraft), bieten Chancen das westliche Eingangstor zur Mainzer Innenstadt durch attraktiv gestaltete Gebäude weiter aufzuwerten und zu vervollständigen.

Layenhof

Mit dem Kauf des Layenhof-Geländes vom Bund durch den neuen Zweckverband sichert sich die Stadt Mainz eine große Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft. Bei allen konkreten Überlegungen und Konzepten in Zukunft müssen die in den letzten Jahren gewachsenen Strukturen und vorhandenen Nutzungen berücksichtigt werden.

Zollhafen

Die Verabschiedung des Rahmenplanes zur Zollhafenbebauung ist ein bedeutender Meilenstein in der weiteren städtebaulichen Entwicklung von Mainz und somit ein großer Erfolg für unsere Stadt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, die Anbindung des neuen Quartiers an bestehende Stadtteilstrukturen in qualitätsvoller Weise zu ermöglichen und für die Neustadt die Öffnung hin zum Rhein stattfinden zu lassen.

Wir begrüßen, dass die anstehende sensible Überarbeitung der Baumaßnahmen durch das Angebot von verschiedenen Wettbewerben eine Vielfalt der Möglichkeiten zur Sicherung von Architekturqualität eröffnet hat. In diesem Sinne soll auch weiterhin vorgegangen werden. Stadtrat, Ausschüsse und Bürgern ist auch weiterhin die Gelegenheit der Projektbegleitung zu geben. Ziel ist es, Investoreninteressen und Bürgerideen möglichst in Einklang zu bringen.

Münsterplatz – Große Langgasse

Großen Gestaltungs- und städtebaulichen Nachholbedarf sehen wir am Münsterplatz und in der Großen Langgasse. Vor allem die Große Langgasse bedarf der städtebaulichen Sanierung. Sie ist zu einer reinen Schneise geworden und hat in den letzten Jahren weiter an Attraktivität verloren.

Winterhafen

Die städtebauliche Entwicklung des Winterhafens darf sich nicht nur auf die nun beginnende Wohnbebauung beschränken. Es muss vielmehr das gesamte Areal entwickelt werden, und hierzu gehört vor allem auch die Mole. Das derzeitige Nutzungskonzept der Mole ist unbefriedigend. Es bietet sich an, im Rahmen der nun beginnenden Wohnbebauung auch den Bereich der Mole zu überplanen und gestalterisch aufzuwerten. Wir befürworten an dieser Stelle ein mediterranes, transparentes Gebäude als Solitär und Mainz-Rhein-Signet für eine niveauvolle gastronomische Nutzung. Die Nachfrage nach einem ganzjährigen, qualitativ ansprechenden gastronomischen Angebot mit Rheinbezug sollte durch die neu angesiedelten Bewohner und die im Uferbereich Flanierenden in steigendem Maße gegeben sein.

Die im Bereich des Winterhafens angesiedelten Sportvereine dürfen durch die Bebauung nicht in ihrer Arbeit beeinträchtigt werden. Des Weiteren muss der Grünstreifen des Winterhafens auch weiterhin als Angebot für die Freizeitaktivitäten der Bürgerinnen und Bürger vorgehalten werden. Dieses Angebot umfasst auch die Möglichkeit, den Grünstreifen als Grillfläche zu gebrauchen.

RGZM – Römerschiffmuseum

Die Präsentation der römischen Vergangenheit auf einem überschaubaren und zusammenhängenden Areal bietet neue Möglichkeiten der Vermarktung des Römischen Mainz als kulturelles Erbe der Stadt. Hier hat Mainz, neben Trier, in Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal, dass es für seine nationale und internationale Präsentation nutzen muss.

4. Verkehr

Das Verkehrsgeschehen ist eine Folge raumordnerischer und stadtentwicklungspolitischer Entscheidungen sowie ein Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklungen und des individuellen Verhaltens aller Bürger. Eine zukunftsweisende Verkehrspolitik für die Stadt Mainz muss neben dem Erhalt und der Ergänzung der Möglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr auch zur Verbesserung der Umweltsituation vorrangig den Ausbau des ÖPNV betreiben, um Verlagerungseffekte vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV zu erzielen.

Dabei muss bereits bei der Entstehung von motorisiertem Individualverkehr, insbesondere beim Berufs- und Ausbildungspendlerverkehr, angesetzt werden. Verkehrsvermeidung muss deshalb bereits bei der Siedlungsstrukturplanung berücksichtigt werden. Dazu gehört die Ausweisung von

ausreichenden Flächen für den Wohnungsbau, die in sinnvoller Zuordnung zu Versorgungs- und Nahverkehrseinrichtungen liegen. Auch eine differenzierte und gesteuerte Nachverdichtung bestehender Baugebiete ist ein wichtiger Schritt zur Vermeidung von Verkehr und damit zur Bewältigung der Verkehrsprobleme.

Die Verkehrspolitik für die Stadt Mainz muss sich nach Auffassung der FDP an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Die Verkehrsprobleme müssen zusammen mit den Bürgern und für die Bürger gelöst werden. Deshalb müssen die unterschiedlichen individuellen Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt werden. Ein Übermaß an Einschränkungen und Reglementierungen im Verkehr stößt beim Bürger zu recht auf Unverständnis. Gefordert sind Regelungen, denen die überwiegende Mehrheit der Bürger aus Einsicht und Überzeugung folgt.
- Erforderlich ist ein sich ergänzendes Miteinander aller Verkehrsarten, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV müssen so verzahnt werden, dass optimale Möglichkeiten für Bürger und Besucher der Stadt erreicht werden. Die Verkehrsführung muss sich aus der Stadtentwicklung, der städtebaulichen Nutzung und Gestaltung ergeben. Willkürliche Sperrungen widersprechen dieser Entwicklung.
- Die Mainzer Innenstadt lebt vom Handel, vom Gewerbe und der Wirtschaft. Eine Sperrung oder eine stark eingeschränkte Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem PKW ist für die Wirtschaftskraft und die Einkaufsattraktivität mit unabsehbaren negativen Folgen verbunden. Bei allen städtebaulichen Weiterentwicklungen und Großvorhaben, auch privater Investoren, müssen im Gesamtinteresse die verkehrlichen Rahmenbedingungen ausreichend berücksichtigt werden, um keine Verkehrsprobleme zu schaffen.

Konkret fordert die FDP für eine Verbesserung der Verkehrssituation in Mainz:

- Im Bereich Schöfferstraße/Johannisstraße muss eine Erweiterung der Fußgängerzonen geprüft werden. Die Bereiche müssen attraktiv an die Citymeile angebunden werden. Die wichtige Haltestelle Rheingoldhalle/Rathaus muss umgestaltet werden und einen attraktiven Zugang zum Brandzentrum erhalten.
- Der Parkraum in der Innenstadt muss im Interesse der Anwohner, Kunden und Besucher konsequent bewirtschaftet werden. Die Parkgebühren dürfen Käufer und Besucher nicht abschrecken, notwendig ist eine spürbare Reduzierung der Gebühren zur Steigerung der Attraktivität der Stadt. Nach der Schaffung neuer Parkmöglichkeiten in der südlichen Altstadt

und im Bleichenviertel sind neue Parkhäuser lediglich im Zusammenhang mit neuen Nutzungen notwendig. Neue Parkhausprojekte oder Anforderungen an die PMG, die zu einer Steigerung der Gebühren führen, werden abgelehnt.

- Mainz ist nicht nur eine wichtige Einkaufsstadt für die Besucher aus dem Umland, sondern hat gerade in den Abendstunden eine Vielzahl von attraktiven kulturellen und gastronomischen Angeboten zu bieten. Gefordert wird deshalb die Einführung einer preisgünstigen Abendpauschale in den Parkhäusern der PMG.
- Zur angemessenen Berücksichtigung des Parkraumbedarfes innerstädtischer Bewohner sollen auch geeignete Angebote der PMG beitragen, beispielsweise durch Bereitstellung von günstigen Dauerparkplätzen für Bewohner, sofern freie Kapazitäten vorhanden sind, oder durch Nachtparktarife für jedermann.
- Ein guter Nahverkehr in der Stadt und eine Anbindung an das weitere Rhein-Main-Gebiet sowie das rheinhessische Umland sind ganz entscheidend für die Attraktivität der Stadt Mainz als Oberzentrum. Nach der Schaffung des Verkehrsverbundes Rheinhessen-Nahe (RNN) ist eine weitere Verbesserung der Stadt-Umlandbeziehungen durch eine Kooperation der Unternehmen erforderlich.
- Die Führung des Busverkehrs über die Ludwigsstraße ist Teil einer optimalen Erschließung der Innenstadt mit dem ÖPNV und einer störungsfreien Führung von der Universität bis zur Theodor-Heuss-Brücke. Von der weitgehenden Trennung profitieren ÖPNV und Individualverkehr gleichermaßen. In der Ludwigsstraße ist eine Reorganisation der Haltestellen im Zusammenhang mit einer baulichen Entwicklung anzustreben.
- Zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Universität, der Fachhochschule am neuen Standort und des geplanten Stadions und darüber hinaus wird eine Erweiterung der Straßenbahn befürwortet, sofern dies verkehrlich sinnvoll und finanziell machbar ist.
- Die Stadt Mainz als Landeshauptstadt und Oberzentrum braucht auch in Zukunft eine hervorragende Verkehrsanbindung auf der Schiene. Eine gute Bedienung im Fernverkehr (IC und ICE) durch die DB muss auf Dauer gewährleistet werden, eine weitere Ausdünnung darf nicht erfolgen.

- Notwendig ist eine Stärkung der Verbindung nach Frankfurt und zum Flughafen in Takt und Qualität über die S-Bahn hinaus. Zum Flughafen Frankfurt/Hahn muss zügig eine schnelle Verbindung realisiert werden.
- Nachdem der dringend erforderliche Ausbau des Mainzer Rings, A 60, nach zehnjähriger Verzögerung durch Rot-Grün in Mainz im ersten Abschnitt realisiert wird, muss der Ausbau auf seiner gesamten Länge von der Rheinbrücke Weisenau bis zur Autobahnausfahrt Heidesheim mit neuer Anschlussstelle Finthen-Römerquelle geplant und umgesetzt werden.
- Die abgängige hochbelastete Schiersteiner Brücke der A 643 muss durch eine leistungsfähige sechsspurige Brücke einschließlich sechsstreifiger Lennebergspange ersetzt werden. Bei der Realisierung sind die Umweltbelange zu berücksichtigen und Lärmschutz in Mombach und Gonsenheim zu realisieren.
- Das Radverkehrsnetz muss im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Schritt für Schritt weiter ausgebaut werden, um die Attraktivität des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels weiter zu verbessern. Notwendig dazu ist die Schaffung ansprechender, kostengünstiger Fahrradabstellplätze, insbesondere am Hauptbahnhof. Die Schaffung eines flächendeckenden Fahrradverleihsystems (z.B. City-Bike) in Mainz soll geprüft werden.
- Angesichts des zunehmenden Städtetourismus, auch in Mainz, reichen die vorhandenen Busparkplätze oft nicht aus. Hier müssen Erweiterungen oder Alternativen geschaffen werden.

Flughafen Frankfurt

Die Region Rhein Main ist eine der bedeutenden Regionen für die Wirtschaftszweige Logistik – Verteilung – Verkehr. Der Rhein-Main Flughafen steht als Drehscheibe des internationalen Flugverkehrs wie keine andere Institution für diese Kernkompetenz der Region. Zusammen mit seinem wirtschaftlichen Umfeld bietet der Flughafen eine hohe Anzahl und ein großes Spektrum von Arbeitsplätzen unterschiedlichster Qualifikations- und Anforderungsstufen.

Die FDP will - sowohl in Hessen als auch in Rheinland Pfalz – ihren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens leisten.

Andererseits besteht die Gefahr, dass durch den geplanten Ausbau das Land Hessen und die Stadt Frankfurt als Hauptprofiteure der Airporterweiterung die dadurch entstehende größere

Lärmbelastung nach Mainz exportieren. Durch den Flughafenausbau würde sich die bereits heute kritische Lärmsituation noch deutlich verschlechtern. Deshalb unterstützt die FDP die Klage der Stadt Mainz gegen den Flughafenausbau. Auch in Zukunft muss ein Leben mit hoher Lebensqualität in Mainz möglich sein wird.

Viele Bürger der Stadt Mainz werden durch den Ausbau massiv mit Fluglärm konfrontiert werden. Bretzenheim, Zahlbach, die Oberstadt und die Altstadt werden in niedrigerer Höhe überflogen werden als dies bisher in Mainz und in Rheinhessen irgendwo der Fall ist. Die bisherige Fluglärmbelastung in Lerchenberg, Drais, Marienborn, Hechtsheim, Weisenau und Laubenheim würde aber bestehen bleiben.

Bereits 2002 hat die FDP die stärkere Nutzung des Flughafens Hahn ins Spiel gebracht habe. Dieser Ausweichstandort kann maßgeblich zur Umsetzung des ausnahmslosen Nachflugverbots in Frankfurt beitragen. Die Verbesserung der Verkehrsanbindung soll genutzt werden, teile des Flugverkehrs nach Hahn zu verlagern.

Die FDP fordert weiterhin, den Ausbau des Flughafens an folgende Bedingungen zu knüpfen:

- Optimierung der Flugrouten unter Berücksichtigung der Lärmbelastung der Bürger
- Minimierung des Fluglärms durch technische und organisatorische Maßnahmen wie z.B. optimierte An- und Abflugverfahren (Continuous Descent Approach und Curved Approach)
- Einführung eines (8-stündigen) Nachtflugverbots
- Ausbau des Fracht- und Charterverkehrs in Frankfurt/Hahn
- Finanzierung von Maßnahmen des passiven Schallschutzes auch für betroffene Bürger in Mainz und Umgebung

Wir setzen uns dafür ein, in Zukunft zu erwartende Veränderungen (Restrukturierungen bei Fluggesellschaften, neue Effizienz- Verlagerungs- und Lärmschutzpotentiale, Entwicklung der Energiepreise) zu nutzen, um die Belastungen für Mainz zu minimieren.

5. Finanzen

In den letzten Jahren hat sich die Haushaltssituation der Stadt Mainz trotz verschiedener Initiativen der FDP zur Schuldenbegrenzung weiter verschlechtert. Trotz hervorragender Steuereinnahmen

und einer Begrenzung bei den Investitionen führten die gestiegenen laufenden Ausgaben zu anhaltenden Defiziten. Inzwischen hat die Stadt über 550 Millionen Euro Schulden und muss jedes Jahr über 25 Millionen Euro Zinsen zahlen.

Die FDP fordert deshalb:

- Der städtische Haushalt wurde mit dem Haushaltsjahr 2009 auf die Doppik umgestellt. Im Zuge dieser Umstellung und der Erstellung einer Vermögensbilanz ist die Situation der städtischen Finanzen weiter zu verbessern.
- Der Umbau der Verwaltung muss mit dem derzeit in der Verwaltung beschäftigten Personal erfolgen. Wir wollen eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung, die sich nicht als „Obrigkeit“, sondern als Dienstleister des Bürgers versteht und ihre Aufgaben zielgerichtet und effizient löst. Personal muss unter Ausnutzung der Fluktuation eingespart werden. Damit können die verbleibenden Stellen gesichert werden. Durch Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung ist bei einer Reduzierung der Ämter ein optimaler Einsatz des Personals zu gewährleisten. Ein besonderes Augenmerk ist auf die fortlaufende Qualifizierung des Personals und zeitgemäßes Benchmarking zu richten.
- Die FDP setzt sich dafür ein, dass die stadtnahen Gesellschaften künftig eine haushaltswirksame Eigenkapitalverzinsung erwirtschaften. Die Höhe der Verzinsung soll die Leistungsfähigkeit der Gesellschaften berücksichtigen, um diese finanziell nicht zu überfordern. Eine stufenweise Steigerung, die auf die Situation der jeweiligen Gesellschaft abgestimmt werden muss, ist dabei denkbar. Die Ausschüttungen werden zur Reduzierung der Altfehlbeträge verwendet.
- Bei den stadtnahen Gesellschaften muss das Primat der Verantwortung der Politik gelten. Die von der Stadt entsandten Mitglieder in den Aufsichtsgremien müssen ihre Kontrollfunktion aktiv wahrnehmen und die Geschäftspolitik mitgestalten können.
- Nicht alle Leistungen der Stadt müssen auch in Zukunft erbracht werden. Die FDP fordert daher z.B. die Zusammenlegung des Umweltladens mit Energie- und Verbraucherberatung, die Schließung des interkulturellen Büros, ein höheres Maß an privatwirtschaftlicher Aufgabenerfüllung (z.B. Planungs-, Gutachter- und Vermessungsaufträge) sowie eine Verbesserung der Dezernatszuschnitte.

- Mainz soll sich mit anderen Kommunen messen (Benchmarking). Sowohl die Leistungsqualität wie auch die Leistungstiefe sowie die rationelle Aufgabenerfüllung sind in einem Vergleich mit geeigneten Kennzahlen anderer Städte laufend zu überprüfen.
- Die Veräußerung städtischen Vermögens zum Zwecke des Ausgleichs der Altfehlbeträge muss weiter auf der Tagesordnung bleiben. Parallel dazu ist ein Konzept für einen ausgeglichenen laufenden Haushalt vorzulegen.
- Investitionen
Die FDP fordert, dass Investitionen im Rahmen der Doppik zunächst als eigenständige und zentrale Größe geplant werden. Diese Planung muss mittel- bis langfristig sein, verständlicher sein und sich an dem damit erwirtschafteten Leistungsangebot für die Bürger ausrichten. Wichtig ist dabei auch die Beachtung von Erhaltungsinvestitionen zur Kompensation von Abschreibungen, damit nicht langfristige wichtige Anlagen (Schulen, Infrastruktur) zur Finanzierung kurzfristiger Projekte oder für laufende Ausgaben geopfert werden. Des Weiteren muss bei der Finanzierung neuer Investitionen immer die Veräußerung von Vermögen der Stadt als Finanzierungsquelle in Betracht gezogen werden. So werden Vermögensbestandteile, die nicht oder nicht mehr zum Kern der städtischen Aufgaben gehören veräußert, so dass entweder der Schuldenstand reduziert oder aber Erhaltungsinvestitionen, z. B. bei Schulen getätigt werden können. Veräußerung städtischen Vermögens wird damit nicht nur Mittel zur Erreichung eines abstrakten niedrigeren Schuldenniveaus, sondern bei knapper Kassenlage das zentrale Element um über Investitionen die Stadt leistungs- und handlungsfähig zu erhalten. Wichtige Projekte können so ohne die Aufnahme neuer Kredite realisiert werden. Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Kongresswesen) sind weiterhin sicherzustellen. Die Ausgabenpolitik muss sich auf Maßnahmen konzentrieren, die mittelfristig die Einnahmesituation verbessern.
- Die FDP spricht sich dafür aus, im Interesse der Kommunen auch auf Bundesebene das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) einzuführen, wonach zusätzliche Leistungen nur noch dann auf die untere Ebene verlagert werden dürfen, wenn ein finanzieller Ausgleich erfolgt.
- Die FDP lehnt Steuer-, Gebühren- oder Abgabenerhöhungen zur Sanierung des städtischen Haushaltes ab.

- Eine Reform der Finanzverfassung nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ ist zwingend notwendig, um aufgabengerechte Finanzstrukturen zu schaffen. Bund und Länder haben den Kommunen bei der Übertragung von Ausgaben und der Ausführung von Leistungsgesetzen die Mehrbelastungen der Aufwendungen auszugleichen. Dies führt auch zur gebotenen Selbstbeschränkung staatlicher und kommunaler Ebenen, zum Aufgabenabbau sowie zur Rückführung von Normen und Standards.
- Dem demokratischen Grundsatz "Von unten nach oben" muss das Prinzip der Finanzierung der eigenen Aufgaben folgen, z. B. durch eigene Hebesatzrechte.

6. Recht und Sicherheit

Die Mainzer FDP sieht sich in der Tradition erfolgreicher liberaler Rechtspolitik in Bund, Land und Kommunen.

Augenmaß und Verhältnismäßigkeit sind die Kennzeichen verantwortungsvoller liberaler Rechtspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Stets ist die private Gestaltungsfreiheit zu berücksichtigen und dort Vorrang zu geben, wo dies rechtlich möglich und erforderlich ist.

Wir wollen die Vielzahl der Vorschriften, Satzungen, Ge- und Verboten, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf das notwendige Minimum reduzieren. Durch die Bürokratie werden Existenzgründer entmutigt, die Schaffung von Arbeitsplätzen wird erschwert, für Wirtschaft und Bürger entstehen Kosten in Millionenhöhe. Die Normenflut und undurchsichtige Regelungsdichte führt darüber hinaus zu wachsender Rechtsunsicherheit und zu einem Vollzugsdefizit. Der Abbau von Bürokratie z. B. durch

- die Abschaffung überflüssiger Vorschriften,
- die zeitliche Befristung neuer Vorschriften und
- die Abschätzung des Bürokratieaufwandes von Vorschriften

soll auf kommunaler Ebene soweit wie möglich vorangetrieben werden.

Die kommunalen Satzungen und Verordnungen sind mit einer Begründung zu versehen, die jedermann einsehen kann. In dieser Begründung sind die Notwendigkeit und Erforderlichkeit der einzelnen Satzung bzw. Verordnung darzulegen. Diese Rechtsvorschriften und ihre Begründungen

sind in einem verständlichen Deutsch abzufassen.

Beide Aspekte sollen auch zu einer größeren Akzeptanz der Bürgerinnen u. Bürger für die kommunalen Rechtsvorschriften in ihrer Stadt führen.

Bereits bestehende Normen sind auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen. Ist die Regelung nicht mehr erforderlich, ist die Norm ersatzlos zu streichen.

Sicherheit für Mainz und seine Bürgerinnen und Bürger

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten ist eine staatliche Kernaufgabe. Angst und Unsicherheit von Bürgerinnen und Bürgern beeinträchtigen stark das Leben in Freiheit.

Die Mainzer FDP setzt sich zum Ziel, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt wohl und sicher fühlen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Mainz eine sichere und saubere Stadt ist.

Nur in einer sicheren Stadt ist gewährleistet, dass sich die Menschen frei entfalten können. Wir benötigen keine neuen Vorschriften. Die geltende Rechtsordnung bietet ausreichende Möglichkeiten, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Wir haben kein Gesetzes-, sondern ein Vollzugsdefizit.

Unsere Ziele erreichen wir:

Mit effizient bei Tag und Nacht arbeitenden kommunalen Ordnungskräften mit hoher sichtbarer Präsenz, z.B. bei Lärmbeschwerden im privaten und öffentlichen Bereich, Alkoholmissbrauchs, extremen Verschmutzungen, Pöbeleien und anderen Ordnungswidrigkeiten. Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen in solchen Fällen Hilfe durch den kommunalen Vollzugsdienst erhalten.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die kommunalen Ordnungskräfte personell und finanziell besser ausgestattet werden, um die von uns gesetzten Ziele verwirklichen zu können.

Die Aufgabenerfüllung erfordert auch weiterhin die gute Zusammenarbeit der staatlichen Polizei mit den kommunalen Ordnungskräften.

7. Soziales

In den Kommunen sind die Auswirkungen der Sozialpolitik für die Betroffenen unmittelbar erfahrbar und für das harmonische Zusammenleben der gesamten Bevölkerung von essentieller Bedeutung. Auch hat die Sozialpolitik erhebliche Auswirkungen auf kommunale Haushalte.

Durch die demographische Entwicklung und die Umlagefinanzierung der Sozialversicherungssysteme, die Arbeitsmarktsituation und andere Faktoren ist das Sozialsystem in seiner derzeitigen Form ineffizient und nicht zukunftsfest. Weil liberale Sozialpolitik das bestehende Sozialsystem dem Wesen nach erhalten will, muss dieses zwingend neu strukturiert werden, auch um den Kommunen zukünftig Gestaltungsspielräume zu lassen. Das Ziel ist neben dem sozialen Schutz des Einzelnen vor den großen Lebensrisiken (z. B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Altersarmut) eine Balance zwischen Transfernotwendigkeit und Förderung der individuellen Leistungsfähigkeit.

Bedürftigen muss auch weiterhin geholfen werden. Demjenigen, der seine Arbeitskraft noch einsetzen kann und es in der Regel auch möchte, muss eine an seinen individuellen Chancen orientierte Förderung zukommen. Wer Arbeit hat, muss finanziell besser gestellt sein als derjenige, der unterstützt wird. Leistung muss sich aus finanzieller und gesellschaftlicher Perspektive lohnen.

Weil die Liberalen den eigenverantwortlichen Menschen als Basis ihres politischen Handelns sehen, stärkt liberale Sozialpolitik die Hilfe zur Selbsthilfe. Eigenverantwortung muss Vorrang vor kollektiver Rundumversorgung haben. Die Gewährleistung der Chancengerechtigkeit eines Jeden, unabhängig von individuellen Talenten und persönlicher Herkunft, und die Sicherung der Teilhabe aller am gesellschaftlichen und politischen Leben sind der FDP wichtiger als eine nivellierende Verteilungsgerechtigkeit. Dabei stehen Liberale ohne Wenn und Aber zu Sozialverantwortung des Eigentums.

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht das Engagement von Bürgern und Bürgerinnen vornehmlich in der Familie und Nachbarschaft, Vereinen, Initiativen, Kirchen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen. Die FDP begrüßt diese gesellschaftliche Arbeit ausdrücklich und begegnet ihr mit großer Wertschätzung. Die Stadt Mainz ist nachdrücklich aufgefordert dieses Engagement durch zielführende Zusammenarbeit verstärkt zu fördern und im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung der Bürgergesellschaft gerade im Sozialbereich zu nutzen.

Ziele liberaler Sozialpolitik

Fast 40 Prozent der kommunalen Ausgaben in Mainz dienen der sozialen Sicherung. Sie dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip auf gut Glück verteilt werden, sondern müssen ausschließlich wirklich bedürftigen Menschen zukommen. Deshalb ist es notwendig, Leistungsmissbrauch auszuschließen und wirksame Kontrollen in allen Bereichen zu verstärken.

Die FDP fördert ehrenamtliche Betätigungen. Das ehrenamtliche Engagement kann und soll dabei nicht die fachliche bezahlte Kompetenz ersetzen. Sie ist eine unverzichtbare Ergänzung der hauptamtlichen sozialen Tätigkeit. Über die Koordinationstätigkeit der Stadt und steuerliche Vorzüge hinaus muss sich ehrenamtliche soziale Betätigung auch konkret zu Gunsten derer auswirken, die in Familie und Gesellschaft entsprechendes Engagement zeigen (z. B. Förderung von Senioren-WGs, Pflegenetzwerke auf Gegenseitigkeit).

Es ist das Bestreben liberaler Sozialpolitik in Mainz, die Bürger von der Abhängigkeit durch staatliche Zuschüsse zu befreien und die Eigenständigkeit und Verantwortung für den Einzelnen und seine Familie zu stärken. Wer staatliche Hilfe erhält, soll, sofern er dazu in der Lage ist, auch zu Gegenleistungen herangezogen werden.

Deshalb fordert die FDP, dass der Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, finanzieller Überlastung der Sozialsysteme und einer leistungshemmenden Abgabenhöhe, vor allem im Bereich niedriger und mittlerer Einkommen, durch entschlossene Reformen bekämpft wird. Dazu müssen die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesichert werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Chancengerechtigkeit – sie ist eine der essentiellen Voraussetzungen für die freiheitliche orientierte Bürgergesellschaft.

Es müssen – unter Berücksichtigung der Überforderung vieler kommunaler Haushalte aufgrund hoher Sozialleistungen – die Voraussetzungen geschaffen werden, die Aufnahme von Arbeit deutlich attraktiver zu machen als den Bezug entsprechender Sozialleistungen, vor allem durch eine Reduzierung der überhöhten Steuer- und Abgabenlast – mehr Netto vom Brutto!

Wir fordern eine Strukturveränderung der Job Center Arge und der Arbeitsagenturen mit dem Ziel einer leistungsfähigeren Aufgabenwahrnehmung in ihren Kernbereichen – der Arbeitsvermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Dies muss vor allem auch Menschen mit Benachteiligung und Behinderungen sowie schwervermittelbare Bevölkerungsgruppen einschließen.

Aus- und Weiterbildung sowie Qualifikationsmaßnahmen bei Arbeitslosen vor allem im ALG II-Bezug müssen stärker als bisher auf die tatsächliche Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet werden.

Im Rahmen der Reform der Hartz IV-Verwaltungen muss eine weitere Verwaltungsvereinfachung erfolgen, um von der Leistungsbewilligung bis zur Transparenz der Bescheide die Nachvollziehbarkeit für die Betroffenen zu erhöhen. Nur so lässt sich die Akzeptanz bei den Betroffenen erhöhen und unzähligen langwierigen sozialgerichtlichen Auseinandersetzungen vorbeugen.

Migration und Integration

In Mainz leben Menschen unterschiedlichster Herkunft und Muttersprache. Beiderseitige Integrationsbereitschaft und Toleranz sind Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Zur Integration gehört nach Auffassung der Liberalen die Bereitschaft die deutsche Sprache zu lernen und die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Integration kann nur gelingen, wenn sie durch Schulqualifikation sowie Ausbildungs- und Arbeitsmarktteilhabe abgesichert wird.

Die FDP fordert daher:

- Entscheidender Ansatzpunkt für die Integration sind ausreichende Sprachkenntnisse. Für alle Zuwanderer wie auch die bereits in Mainz lebenden Migranten, die die deutsche Sprache nicht sicher beherrschen, müssen verpflichtende Deutschkurse angeboten werden. Sprachförderungsmaßnahmen sollten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ansetzen, damit den Kindern alle Bildungszweige offen stehen. Voraussetzung all dieser Projekte ist natürlich, dass die Zuwanderer auch die Bereitschaft und den Willen zur Integration in unsere Gesellschaft und in unser Rechtssystem mitbringen.
- Für alle Mainzer mit Migrationshintergrund ohne kommunales Wahlrecht sollte die Stadt gesellschaftspolitische Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Ausländerbeiräte oder durch andere geeignete Maßnahmen sicherstellen.
- Im Falle massiver und wiederholter Rechtsverletzungen müssen auch auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten der Abschiebung konsequent genutzt werden.

Mainz muss sich stärker für die Zuwanderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Menschen öffnen und hierfür entsprechend attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Kulturelle Vielfalt im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedeutet auch eine Chance zur Weiterentwicklung und Festigung der liberalen Bürgergesellschaft.

Kinder und Jugendliche

Die FDP fordert:

- ins Zentrum der Familienpolitik das Recht aller Kinder an einer glücklichen und gesunden Entwicklung zu stellen
- vielfältige und hochwertige Betreuungsangebote für Kinder, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne Abstriche an der Erziehungs- und Betreuungsqualität zu gewährleisten.
- unterschiedliche Träger und private Initiativen sollten bei gesicherten Qualitätsstandards gleichberechtigt nebeneinander möglich sein.
- Kindertagesstätten für Kinder bis zum Schulbeginn als erste Stufe im Bildungsprozess anzusehen und deshalb neben der reinen Betreuung vermehrt auch Erziehungs- und Bildungsaspekte in der Tätigkeit aller Träger zu berücksichtigen.
- Für Kinderbetreuungseinrichtungen bedarf es flexibler familienfreundlicher Öffnungszeiten. Dieses Angebot ist gerade für berufstätige Erziehende eine wichtige Hilfe.
- Jugendliche müssen gefördert und gefordert werden. Dank erfreulicher Entwicklungen am Ausbildungsmarkt haben mehr Jugendliche die Chance einen Ausbildungsplatz zu erhalten und damit ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Voraussetzung ist, dass sie einen qualifizierten Schulabschluss ablegen, der ihre Fähigkeiten und Neigungen optimal widerspiegelt. Dazu gehören neben der Vermittlung einer profunden Allgemeinbildung auch soziale Schlüsselqualifikationen, die daneben durch sportliches, kulturelles und gesellschaftliches Engagement in Vereinen, Initiativen, Jugendzentren und Stadtteiltreffs erworben werden können. Dort sind ausreichende Betreuungsangebote sicherzustellen; wünschenswert ist hier auch bürgerschaftliches Engagement.
- Die Jugendlichen müssen ihre Interessen selbst artikulieren und vertreten können. Deshalb unterstützt die FDP als Ziel ein eigenständiges Jugendparlament.

- Spielplätze müssen so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen von Kindern entsprechen und diese dort gern und ungefährdet spielen können.

Senioren

Leitlinie der Seniorenpolitik der FDP ist die Generationengerechtigkeit.

Durch den demographischen Wandel wird der Anteil älterer Menschen in Mainz in den kommenden Jahren stark ansteigen. Viele der Senioren sind aktiv und wollen gemeinsam mit der jungen Generation die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Wissen, Erfahrung und Leistungsbereitschaft der Älteren sind unverzichtbare Ressourcen; unsere Gesellschaft braucht dieses Potential. Seniorenpolitik ist daher in erster Linie Gesellschaftspolitik. Sie muss deshalb den Rahmen für ein selbständiges und eigenverantwortliches Älterwerden in Würde und ohne Angst bieten.

Senioren muss daher auf kommunaler Ebene die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Ihre Interessen sind einzubeziehen und es müssen Möglichkeiten aufgezeigt und entwickelt werden, wie sich Senioren im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung ehrenamtlich für Gesellschaft und Kommune einbringen können.

Informations- und Hilfebörsen können gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten ebenso wie Weiterbildung, Informationen zu Gesundheit, Internet oder Freizeit unterstützen. Darüber hinaus sollten die Belange älterer und mobilitätseingeschränkter Personen insbesondere durch den Auf- und Ausbau elektronischer Verwaltung und flexibler Transportmöglichkeiten erleichtert werden.

Behinderte

Die soziale und berufliche Gleichstellung behinderter Bürger ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die FDP setzt sich dafür ein, dass für alle Lebensbereiche und für jedes Alter Voraussetzungen geschaffen werden, die den Betroffenen ein möglichst einschränkungsreiches Leben erlauben. Es sollen aber nur diejenigen Hilfen zur Verfügung gestellt werden, die der Einzelne, soweit dies überhaupt möglich ist, zum Ausgleich seiner persönlichen Beeinträchtigung benötigt. Die Einbindung der Betroffenen in soziale, schulische und berufliche Angebote ist sicherzustellen.

Die FDP fordert daher ein auf den persönlichen Bedarf abgestimmtes Betreuungs- und Förderangebot, die Schaffung wohnortnaher, auf Integration ausgerichteter Angebote, den bedarfsgerechten Ausbau ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Angebotsstrukturen auf der Stadtebene, die Flexibilität und Durchlässigkeit der einzelnen Angebotsformen wie auch die regelmäßige Überprüfung städtischer Einrichtungen auf Effizienz und Qualität.

Zugänge zu Behörden und öffentlichen Gebäuden müssen soweit wie möglich behindertengerecht gestaltet werden.

Mainz als Gesundheitsstandort

In unserer alternden Gesellschaft haben Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen eine besondere Bedeutung zur Sicherung des wachsenden Versorgungsbedarfes. Dabei steht der medizinische Fortschritt auch für ein zukunftssicheres Wirtschaftssegment mit zunehmenden Umsätzen und Arbeitsplatzchancen.

Schon derzeit stehen in unserer Stadt im Gesundheitsbereich mehr als 12.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Gerade in Mainz bieten sich – von der Uniklinik und den großen Krankenhäusern bis zu einer Vielzahl von Praxen, Apotheken und weiteren medizinischen Dienstleistungsangeboten – enorme Zukunftschancen.

Der Ausbau des Gesundheitsbereichs in Mainz zu einem medizinischen Hochleistungsstandort sichert so gleichzeitig die medizinische Versorgung auf hohem Niveau und den Wirtschaftsstandort.

8. Kultur

Kulturelle Aktivitäten und Einrichtungen sind unverzichtbar für eine bewusste Identifikation von Bürgern mit ihrer Stadt. Sie sind aber auch wichtige weiche Faktoren bei Wirtschaftsansiedlungen. Eine gute, aktive Kulturpolitik begünstigt eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und umgekehrt.

Eine gute Kulturpolitik erfordert ein breites Spektrum vielfältiger Angebote für die verschiedensten Zielgruppen. Weil finanzielle Mittel unserer Stadt jetzt schon begrenzt sind und in Zukunft weiterhin in sich verringerndem Maße zur Verfügung stehen werden, wollen wir besonders für

Finanzierungen jenseits der öffentlichen Hand werben. Dazu zählen Sponsoring Patenschaften, Stiftungen und insbesondere Fördervereine wie z.B. der Dombauverein, die Initiative römisches Mainz, das Denkmalnetzwerk für Mainz, die Freundeskreise der Museen, die Theaterfreunde und vieles mehr.

Grundsätzlich sollte sich die öffentliche Hand nach Anschubfinanzierungen zurückziehen können und Kulturinstitutionen zu Kooperation, Bündelung und Schwerpunktbildung ermuntern.

Staatstheater

Das Staatstheater bespielt neben großem und kleinem Haus das TIC. Durch kulturelle Jugendarbeit erschließt sich das Staatstheater künftige Publikumskreise, um Zuschauer dauerhaft zu binden. Dies muss das Haus nutzen, um sich neben dem Kartenverkauf und dem Betriebskostenzuschuss von Stadt und Land weitere Einnahmequellen zu erschließen. Möglichkeiten hierzu sind z.B. die Vermietung von Räumlichkeiten, die Sponsorensuche zumindest für einzelne Veranstaltungen, die Kooperation mit Nachbartheatern. Hierzu sollte durch die Stadt ein Anreizsystem geschaffen werden.

Gutenbergmuseum

Diese für Mainz spezifische Kultureinrichtung muss an Attraktivität gewinnen durch ein lebendiges interaktives Konzept für die Dauerausstellung und durch herausragende Sonderausstellungen mit Hilfe von Sponsoren, um so dem Anspruch des Weltmuseums der Druckkunst gerecht zu werden. Notwendig dafür sind auch längere Öffnungszeiten, um den Wünschen und Anforderungen der Gäste der Stadt gerecht zu werden.

Zusammenfassend:

Eine finanzielle Unterstützung der vielen kulturellen Angebote nach dem Gießkannenprinzip ist verfehlt. Qualität geht vor Quantität.

Die laut Spielbankverordnung für Kunst und Denkmalpflege vorgesehenen Mittel müssen zweckentsprechend in voller Höhe gezahlt werden.

Besonders wichtig ist eine stärkere Einbeziehung der Johannes Gutenberg Universität in die Kulturlandschaft unserer Stadt, z.B. des Institutes für Buchwissenschaft in Zusammenarbeit mit

dem Gutenbergmuseum oder des Studiums Generale.

Das weithin bekannte und anerkannte Unterhaus und das von seinem Standort abhängige KUZ sind Visitenkarten unserer Stadt.

Bei der großen Zahl kultureller, künstlerischer Veranstaltungen der verschiedensten Träger ist, um auch eine größere Resonanz zu erreichen, Transparenz und Abstimmung im Angebot erforderlich, ideale Plattformen hierfür sind Newsletter und Internet-Portal der Stadt.

Baudenkmäler

Historisch wertvolle Baudenkmäler -auch in Form von Ensembles- bringen die besondere kulturelle Eigenart der Stadt und ihrer Vororte zum Ausdruck und sind Grundlage der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt. Die überzogene Ausweisung von Denkmalszonen kann aber auch Entwicklungschancen behindern.

Die FDP fordert daher:

1. Stadtgestalterisch bedeutende kulturhistorische Bauwerke wie z.B. das kurfürstliche Schloss, der Dalberger Hof, müssen einerseits nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten saniert werden, andererseits müssen sie in ihrem Inneren so gestaltet und modernisiert werden, dass sie den Ansprüchen niveauvoller, zeitgemäßer und kommerziell wettbewerbsfähiger Nutzung gerecht werden.
2. Die Zeugnisse des Römischen Mainz stellen einen wichtigen Teil des kulturellen Erbes und einen Anziehungspunkt für die Stadt insgesamt dar. Deren Präsentation und Erlebbarkeit sind besonders durch das römische Theater und den Isis-Tempel attraktiv geworden. Aus dem Engagement der Bürger entspringt die Verpflichtung, auch andere kulturelle Zeugnisse wie z.B. die römische Wasserleitung/die Römersteine, aber auch die wunderbaren Barockpaläste präsentationswürdig zu gestalten.
3. Die Entscheidung darüber, ob ein Einzelbauwerk, ein Ensemble oder ein ganzer Bereich unter Denkmalschutz zu stellen ist, ist sorgfältig zu prüfen. Eine unkritische Masse von Unterschutzstellungen verwässert das Ziel des Denkmalschutzes.

9. Sport

Die Attraktivität einer Stadt wird auch durch das sportliche Angebot bestimmt.

Unsere Turn- und Sportvereine leisten für das soziale und kulturelle Zusammenleben sowie für die individuelle Daseins- und Gesundheitsvorsorge durch ihre Angebote im Breitensport einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Und das wird in hohem Maße im Ehrenamt geleistet.

Vereine, die eigene Anlagen, Sportplätze und Turnhallen unterhalten, entlasten die Kommune von erheblichen infrastrukturellen Aufgaben. Die FDP fordert daher, diese Vereine so zu unterstützen, dass sie ihre Anlagen auch unterhalten können. Ein Beitrag könnte sein, dass die Stadt den Vereinen Hilfe bei der Bildung von „Einkaufsgemeinschaften“ für günstigen Strom, Heizung und Warmwasser bietet.

Vereine holen Kinder „von der Strasse“. Sie schaffen beste Möglichkeiten, eine sinnvolle Freizeit zu gestalten; neben körperlicher Ertüchtigung auch soziales Miteinander zu üben.

Denn jeder ist im Verein willkommen: Jung und Alt, Mann und Frau, dick oder dünn, sportlich oder nicht so sportlich, deutsch oder zugezogen. Vereine leisten Dienst an der Allgemeinheit.

Durch Kooperation zwischen Kindergärten, Schulen und Vereinen können Synergieeffekte erzielt werden, so dass Defiziten (Bewegungsmangel, frühzeitiger Gesundheitsschädigung, sozialer Vereinzelung usw.) entgegengewirkt wird.

Die Liberalen fordern, dass auch die Bürger und Bürgerinnen, die Sport nicht organisiert treiben wollen, ein Angebot erhalten, welches ihnen ermöglicht, sich vielfältig zu bewegen:

Der Mensch muss sich bewegen. In welcher Form er dies tut, sollte ihm selber überlassen bleiben. Aber die Kommune muss die Voraussetzungen dafür schaffen. Dass jeder, der möchte, in der Stadt laufen, wandern, spielen und schwimmen kann, dass skaten sicher möglich ist, dass sportliche Freizeitgestaltung in der Stadt (und nicht 20 km entfernt) möglich ist. Da Schwimmbäder beispielsweise einen hohen finanziellen Zuschuss brauchen, könnten verstärkt durch Sponsoring-Partner Gelder erwirtschaftet werden. Durch „Events“ (Beach-Parties, Konzerte usw.) könnten Einnahmen erzielt werden.

10. Landwirtschaft und Weinbau

Landwirtschaft, Wein-, Obst- und Gemüseanbau leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Landschaft und zu verbrauchernaher Erzeugung der Produkte. Nur ein entschlossener Weg hin zu Selbstverantwortung und unternehmerischem Denken kann Landwirtschaft und Weinbau in die Zukunft führen. Gerade im Einzugsgebiet einer Großstadt wie Mainz bieten sich dafür die unterschiedlichsten Möglichkeiten.

Dazu bedarf es vor allem

eines sinnvollen Miteinanders von Landwirtschaft, Naherholung und Umweltschutz, einer sachkundigen und energischen Förderung des Mainzer Weinbaus und der Erschließung neuer Erwerbsquellen.

Die FDP Mainz fordert daher

die Einarbeitung der Erkenntnisse der landwirtschaftlichen Fachplanung in den Flächennutzungsplan. Das Konzept der Ausgleichsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen als Kompensation für Eingriffe in die Landschaft ist grundlegend zu überprüfen; die Unterstützung der Stadt Mainz bei Absatzbemühungen für den Mainzer Wein durch Werbe- und sonstige Maßnahmen sowie ein vielseitiges Angebot heimischer Weine in Bürgerhäusern und in der stadtnahen Gastronomie, besonders ist die Mitgliedschaft der Stadt Mainz und der Region Rheinhessen bei den Great Wine Capitals für ein künftiges Vermarktungskonzept zu berücksichtigen. Dazu sind folgende Punkte abzuarbeiten:

1. Schaffung eines Überblicks über den Mainzer Wein und die Weinanbauregion Rheinhessen, Präsentation der nationalen und internationalen Qualitäten beim Wein, Wissenschaft und Tourismus.
2. Förderung der Zusammenarbeit der Städte und ihrer Regionen im globalen Netzwerk.
3. Weitere Einbindung geeigneter Marketing-Akteure wie z.B. das Deutsche Weininstitut, Rheinhessenwein, Hotel- und Gaststättenverband, Wirtschaftskammern, Hochschulen, Touristikdienstleister, Hotellerie, Mainzer Winzer, Mainzer Weinsenat, Weinhäuser und Gastronomiebetriebe.

4. Zielgerichteter Ausbau der bestehenden Internetpräsenz als internationales Informationsportal zur „Hauptstadt des deutschen Weines“ und unter Einbeziehung der Wein- und Touristikvermarktung von Stadt und Region.
5. Vorschlag für Wein- oder Tourismusmessen, bei denen Mainz als Mitglied der "Great Wine Capitals" künftig vertreten ist.
6. Darstellung der Möglichkeit, über die Mitgliedschaft der "Great Wine Capitals" den Tourismus in Mainz generell anzukurbeln. Auch Verbindungsmöglichkeiten mit anderen stark nachgefragten Angeboten der Stadt Mainz (Kulturangebot, Fastnacht etc.) sollten skizziert werden.
7. Es soll die Möglichkeit geprüft werden, inwieweit im Rahmen des Mainzer Weinmarktes künftig neben Mainzer Winzern auch Winzer anderer Weinbauregionen vertreten sein können, die aus Regionen der "Great Wine Capitals" (Bilbao Rioja, Bordeaux Region Bordeaux, Florenz Toskana, Kapstadt Cape-Winlands, Mendoza Region Mendoza, Melbourne Region Melbourne, Porto Dourotal und San Francisco Napa Valley) stammen.
8. Einbeziehung des "Prominenten-Weinberg" an der Zitadelle in die Vermarktung der Stadt Mainz als "Weinstadt".
9. Prüfung der Einführung eines "Weinprobierstandes" in der Mainzer Innenstadt
10. Nutzung des geplanten Weinerlebniszentrums im ehemaligen Weinlagergebäude des Mainzer Zollhafens zur Vermarktung der Weinstadt Mainz, sowie als Vinothek und Veranstaltungsstätte.

Die FDP spricht sich aus für die Einrichtung von weintouristischen Angeboten nahe der Mainzer Weinberge aus, z.B. Gutsausschank, Weinlehrpfade, Weinwanderwege.

- neben der schon betriebenen und etablierten Selbstvermarktung landwirtschaftlicher Produkte die Zulassung von Stadtteilmärkten,
- die selbständige Tätigkeit von Landwirten in der städtischen Grünpflege. Dies ist ein weiteres Arbeitsfeld, das durch mehr Flexibilität und Kreativität in der städtischen Verwaltung weiter erschlossen werden muss,
- die Rekultivierung der jetzt nicht mehr benötigten Erweiterungsfläche der Portland

Zementwerke, so dass eine weinbauliche und landwirtschaftliche Nutzung auch in Zukunft sichergestellt ist.

11. Umwelt

Erfolgreiche liberale Umweltpolitik beginnt in der Kommune und muss mit dem Bürger und für den Bürger sachorientiert und ideologiefrei gestaltet werden. Die widerstreitenden Nutzungsansprüche an die Umwelt auszugleichen und in diesem Zusammenhang vorausschauend zu planen muss der Inhalt kommunaler Umweltpolitik sein. Umweltschutz ist dabei eine Querschnittsaufgabe, die ressortübergreifend wahrgenommen werden muss. Bestimmte Aufgaben, z.B. im Bereich Industrieansiedlung, Energieerzeugung, Müllbeseitigung und Verkehr müssen im regionalen Verbund gelöst werden.

Die Lage der Stadt Mainz im ökologisch stark belasteten Rhein-Main-Gebiet erfordert einen sensiblen Umgang mit den begrenzten Gütern Boden, Luft und Wasser. Die dichte Bebauung im Ballungszentrum erfordert auch städtebaulich hohe Sensibilität bei der Standortwahl für Unternehmen, Wohnbauflächen und Infrastruktureinrichtungen. Dabei ist dem Flächenrecycling Vorrang vor neuem Flächenverbrauch einzuräumen.

Die FDP fordert für die Stadt Mainz eine Energiepolitik, die folgenden Belangen Rechnung trägt:

1. Schutz der Umwelt, insbesondere auch des Klimas

Das Thema Energiesparen ist ein Beispiel dafür, dass Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen: in Zeiten ständig steigender Energiepreise kann diese Entwicklung durch Energiesparen gebremst werden.

2. Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung in Mainz für Bürger und Unternehmen

Für die FDP hat eine klimaneutrale Energieerzeugung eine hohe Priorität. Deshalb muss der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt Einzug erhalten. Dies gilt gleichermaßen für öffentliche Gebäude, Unternehmen und Privathaushalte. Dabei setzen die Liberalen auf Überzeugung und Anreize für die Bürger statt auf ständig neue Reglementierungen.

3. Die Energie muss auch auf Dauer für die Bürger und die Unternehmen in Mainz, auch energieintensive Produktionen, bezahlbar bleiben. Die dauerhafte Rentabilität des geplanten Kohleheizkraftwerkes muss deshalb bei sich verändernden Rahmenbedingungen erneut geprüft werden.

Daraus resultieren folgende Erfordernisse:

- Sanierungen öffentlicher wie privater Gebäude müssen energieeffizient erfolgen
- der Einsatz erneuerbarer Energien muss verstärkt Einzug halten, insbesondere sollte ein Solar-City-Projekt in Kooperation mit Schott-Mainz entwickelt werden
- Anreizsysteme für die Nutzung der schon gut angenommenen Alternativenenergieträger existieren und müssen verstärkt Privathaushalte bei der Energieversorgungsumstellung unterstützen

Im Bereich Stadtentwicklung und Verkehr erfordert die FDP im Sinne einer nachhaltigen Umweltpolitik:

1. die Beibehaltung des Achsenprinzips bei der Stadtentwicklung mit dem Wechsel von Siedlungsbereichen und Freiräumen für die Naherholung und als unverzichtbare Voraussetzung für das Stadtklima, die Ausweisung, Vernetzung und dauerhafte Sicherung natürlicher Freiräume im Stadtgebiet und die Fortentwicklung der Begrünung
2. die bessere Verknüpfung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit sowie eine moderate Nachverdichtung bestehender Siedlungsflächen im Zuge einer nachhaltigen Stadtentwicklung zur Vermeidung unnötiger Verkehre und zur Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Zersiedelung
3. die weitere Verbesserung des ÖPNV, auch über die Stadtgrenzen hinaus, damit vor allem Berufs- und Ausbildungspendler auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen
4. den weiteren Ausbau und die Ergänzung des städtischen Radwegenetzes unter Berücksichtigung besonderer Ziele wie z.B. Schulen und Hochschulen.